Der Freisinn: eine ur-demokratische Partei!

Der «Gedankenstrich» aus der Feder des ehemaligen SVP-Parteipräsidenten Toni Brunner war weit mehr als nur ein «Gedankenstrich». Es war ein eigentliches «Pamphlet» gegen die FDP sowie gegen eine in jeder Hinsicht vorbildlich erfolgte, demokratische Meinungsbildung.

Die Freisinnig demokratische Partei (FDP) basiert auf ur-demokratischen Werten, Wir trauen unseren Mitgliedern nicht nur eine unabhängige Meinungsbildung zu, wir vertrauen im Meinungsbildungsprozess auch auf demokratische Verfahren statt auf vorgefasste Parolen. Nach einer vertieften Analyse einer Vorlage debattieren wir sachlich, fair und korrekt, stimmen nach demokratischen Regeln ab und akzeptieren das Ergebnis dann auch. So, wie wir es von Kindesbeinen an gelernt haben.

Ebenso fand die Meinungsbildung zu den Bilateralen III statt. Eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus Befürwortern und Gegnern, bereitete die Antwort auf die laufende Vernehmlassung vor. Der Parteivorstand, Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und die schweizerischen Delegierten berieten diese in ihren Gremien und fassten dann gemeinsam an der Delegiertenversammlung eine allseits gültige Parole. Ja, die FDP-Delegierten sagten mit rund 75 Prozent «Ja» zu den Wirtschaftsverträgen mit der Europäischen Union. Und ja,

die FDP-Delegierten sagten
– wie der Bundesrat auch –
«Nein» zu einer «freiwilligen»
Unterstellung der Vorlage
unter das Ständemehr. Die
Medien berichteten von einem
«Fest der Demokratie», von
einer vorbildlichen Meinungsbildung frei(-sinnig) denkender Delegierter sowie von einer
demokratischen Meisterleistung des mittlerweile abgetretenen Parteipräsidenten
Thierry Burkart.

Wer dabei war, der hat erlebt, wie sachlich und faktenbasiert im «Wankdorf» argumentiert, wie rücksichtsvoll und anerkennend debattiert wurde. Dies sollte so sein und dies lief auch so ab. Darauf sind wir Freisinnige stolz. Gelebte Demokratie basiert auf Zuhören, Mitdenken, Abwägen und Entscheiden. Genau dies haben unsere Delegierten vor rund zehn Tagen getan. Vorbildlich, freisinnig und demokratisch! In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass 21 von 26 kantonalen Regierungen jüngst zum gleichen Ergebnis wie die Delegierten der FDP kamen. Auch sie sagten «Ja» zur Vernehmlassungsvorlage der Bilateralen III. Auch bei diesen stimmte eine Mehrheit gegen

ein Ständemehr. Dies deshalb, weil unsere Bundesverfassung ein solches nicht vorsieht.

Die FDP wird sich auch unter dem neuen Co-Präsidium mit Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann für Freiheit und Demokratie sowie für die Sicherheit unseres Landes einsetzen. Und dies als souveräner, föderalistischer Staat mit demokratischen Rechten und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger sowie unter Beachtung von Grundrechten, der Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren und der Förderung unseres Wohlstands. Dies haben wir seit der Gründung unseres Bundesstaates im Jahre 1848 so getan, und dies werden wir auch in Zukunft so tun.



Sven Bradke
FDP-Präsident des Kantons
St.Gallen ad interim und
Geschäftsführer der Mediapolis
AG für Wirtschaft und Kommunikation